



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-  
arbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Postkarte 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanklagen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 17. bis 23. Oktober 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 43 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Lokalbeitrag in der Zahlstelle Annaberg i. Erzgebirge beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 40 Pf. wöchentlich.

Die Zahlstelle Jittau hat den Lokalbeitrag auf 30 Pf. festgesetzt.

Die Zahlstelle Götzter i. W. erhebt einen Lokalbeitrag von 20 Pf. wöchentlich.

Der Lokalbeitrag in der Zahlstelle Aschersleben beträgt für männliche 50 Pf., für weibliche 25 Pf. wöchentlich.

Der Lokalbeitrag der Zahlstelle Stuttgart beträgt in allen Klassen 50 Pf. wöchentlich.

Die Zahlstelle Neukant z. S. hat den Lokalbeitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. erhöht.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 39 725, lautend auf den Namen Charlotte Stindt-Brandenburg a. S., ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. Pucher, 1. Vorsitzender.

## Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Der 1. Kongress der Betriebsräte Deutschlands, der am 5., 6. und 7. Oktober in Berlin tagte, hat grundsätzlich festgelegt, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte auf freigewerkschaftlicher Grundlage den Betriebsräten die Möglichkeit gebe, den an sie gestellten bedeutenden Aufgaben im Produktionsprozeß gerecht zu werden. Dieser Beschluß, der mit mehr als Dreiviertelmehrheit gefaßt wurde, bildete den Schlüsselpunkt der interessanten und bedeutamen Tagung. Leider verbietet es der Umfang unserer Verbandszeitung, eingehend über den Kongress zu berichten, auch darf wohl angenommen werden, daß unsere Kollegen und Kolleginnen sich aus der Tagespresse über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet haben. Es kann daher hier nur kurz auf die dort gefaßten Beschlüsse, deren wichtigste im Wortlaut wiedergegeben werden, eingegangen werden. Eine eingehende Würdigung muß für später vorbehalten bleiben.

Der Beschluß über die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte, über die Brosat referierte, ist schon kurz erwähnt worden. Zu den Gegenständen 3 und 4 der Tagesordnung, die zusammen behandelt wurden, referierten noch Dismann und Körpel. Die drei Referenten waren sich trotz ihrer gegenteiligen politischen Auffassung einig über die Aufgaben und Organisation der Betriebsräte. Die von Brosat eingebrachte Resolution, die vom Kongress, wie schon bemerkt, angenommen und wobur die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände gemachten Vorschläge auf Bildung einer freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale gebilligt wurden, hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeiterschaft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur vollsten Entfaltung zu bringen. An ihr liegt es, diese Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu bietenden Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozeß bedeutende Aufgaben gestellt, deren Lösung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte finden ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auszutragen haben. Die Stützung auf die Gewerkschaften ist geboten, weil die Betriebsräte ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften sicher sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache dieser selbst.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder örtlich noch zentral von Nutzen, sie würde vielmehr, abgesehen von einer Erschwerung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte lähmen. Dagegen ist eine örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und der Afa sowie die Schaffung einer Reichszentrale gemeinsam mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale steht der Kongress nur auf dem Boden der Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa gegeben. Der vom Kongress zu wählende Beirat wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem geschäftsführenden Ausschuß sofort die Vorbereitung der Wahlen zu den Bezirksratsräten vorzubereiten, sobald deren Bezirke feststehen.

Aus einer sehr langen, von Dismann eingebrachten Entschließung, die fast einstimmig zur Annahme gelangte, sei folgendes wiedergegeben:

Die dem Kapitalismus innewohnenden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg herausbeschworen. Das Wirtschaftsleben wird von steten, sich immer mehr zuspitzenden Krisen erschüttert. Die von Unternehmern geleitete Sabotage verschärft die gegenwärtige akute Krise. . . . In klarer Erkenntnis all dieser Mängel und Hemmnisse des Geschehes . . . tritt die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse an die den Betriebsräten durch die Situation gestellten Aufgaben heran. . . . Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterschaft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele stecken und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einstellen. . . . Die von den Betriebsräten auszuübende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßigem Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige (Rohmaterial, Aufträge, Produktivität, Verkauf, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden. . . . Diese Lasten zwingen die Gewerkschaften, der organisierten Macht des festorganisierten Unternehmertums den entschlossenen Willen der kampfbereiten Lohn- und Handarbeiter als der ausgebeuteten überwiegenden Mehrheit gegenüberzustellen. Nur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die

Einstellung und Vorbereitungen durchgeführt, werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Aufgabe bestehen: Als einzige geschlossene Organisation des klassenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein.

Drei Resolutionen des Referenten Körpel, die ebenfalls fast einstimmig angenommen wurden, fagen im wesentlichen folgendes:

Die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden von den Unternehmern systematisch sabotiert. Sie suchen die praktischen Arbeiten der Betriebsräte unmöglich zu machen. Der Kongress fordert deshalb die Gewerkschaften auf, sofort eine Novelle zum Betriebsrätegesetz auszuarbeiten, in welcher die Geschäftsführung des Betriebsrats, das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, bei Betriebsseinschränkungen und Betriebseneinstellungen gesichert wird. Die Novelle ist der Regierung, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zu übermitteln.

Der Kongress fordert die Gewerkschaften auf, sich dafür einzusetzen, daß das besondere Gesetz über die den Betriebsräten vorzulegende Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung schleunigst verabschiedet wird.

Der Kongress fordert die schleunige Verabschiedung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat.

In einer vierten ebenfalls angenommenen Resolution Körpel erklärte sich der Kongress einverstanden mit dem Aufruf der Afa, der die Angestellten auffordert, den Betriebsräten die für die Kontrolle nötigen Angaben zu machen.

Zu Punkt 3 und 4 der Tagesordnung wurden vom Kongress zwei Korreferenten gehört. Brandler und Richard Müller vertraten eine gegenteilige Auffassung, ohne eine Mehrheit jedoch für sich gewinnen zu können. Bei den Abstimmungen über grundsätzliche Fragen zeigte es sich, daß die Opposition, die sofort zu Beginn der Verhandlungen geschlossen auftrat, noch nicht ein Viertel der anwesenden Delegierten ausmachte. Die gegenteiligen Meinungen platzten oft scharf aufeinander, doch wurde von allen Referenten stets die Sachlichkeit gewahrt.

Zu dem ersten Gegenstand der Tagesordnung, „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“, sprach Rudolf Wissell und gab ein Bild von der deutschen Gegenwart im Wirtschaftsleben. Er begann mit einem schönen Vergleich, er zielte hinaus auf die herbliche Welt. Es will Winter werden, dabei für viele kein wärmeres Feuer, keine gefüllten Scheuern, leere Läger, Ertragsverminderung der Ernte. Haben wir schon im Frieden ein Sechstel bis ein Siebtel der zur Ernährung des Volkes nötigen Mengen einführen müssen, so ist uns damit heute nicht gedient. Wir haben mit erheblich ärthieren Menaen zu rechnen.

Dazu kommen erhöhte Einfuhrziffern für Rohstoffe von der Eisen- bis zur Textilindustrie. Woher aber die Zahlungsmittel dafür nehmen? Sie können nur aus der geschwächten Wirtschaft, deren technischen Produktionsmitteln und aus der menschlichen Arbeitskraft, wenn wir wieder leistungsfähig sind, fließen. Bezahlen müssen wir die Einfuhr, auf Kredit geht die Sache nicht weiter, übrigens ist ja unser Kredit im Ausland sehr gering. 300 Milliarden Reichsschulden sind heute vorhanden einschließlich der Verträge, die das Reich für die Eisenbahnen den Einzelstaaten, und für die verauslagten Unterfügungsgelder den

Kommunen zahlen muß. Dazu kommen die umerlösten Verpflichtungen an die Entente. Wir brauchen also, statt unseres wertlosen Geldes, Waren zur Bezahlung der Einfuhr. Nach der Friedensmenge wären sie auf etwa 200 Milliarden zu schätzen. Das ist natürlich unmöglich. Die Frage ist: Sollen wirtschaftlich die gleichen Grundsätze bestehen bleiben wie während des Krieges oder in den letzten Jahren? Sollen weitere Waren eingeführt werden, die nicht lebensnotwendig sind? Das darf nicht mehr der Fall sein.

Wißell verwies auf Erzberger, der schon diesen Widerspruch aufgedeckt hat. Wir sind heute infolge der Valuta das billigste Land, dadurch sind wir wider Willen Exportland in großem Umfang geworden. Die Planlosigkeit der Ein- und Ausfuhr verstärkt die Gefahr, die Mark sinkt weiter, die Preissteigerung wird größer. Sabotage der Unternehmer vergrößert die Gefahr. So darf das Durcheinander nicht weiter gehen. Eine planmäßig geregelte Produktion ist dringend notwendig. Ware ist zwar noch da, aber der Bedarf ist zu groß, sie ist nicht zu kaufen, weil die Gelder für Lebensmittel ausgegeben werden müssen. . . .

Dann referierte Hilferding über Weltwirtschaft und Sozialisierung. Er besprach zunächst die Entwicklung der Machtmittel der Arbeiter seit dem 9. November. Die Arbeiter waren auf diese Macht, die ihnen die Revolution gab, nicht vorbereitet, sie konnten sie nicht ausnützen. Dadurch scheiterte die wirtschaftliche Politik. Es kam nur zu Lohnbewegungen. Die grundlegenden Änderungen der Wirtschaft unterblieben. Es kam zu Kämpfen innerhalb der Arbeiterklasse, die sie in entscheidenden Perioden lähmten. Der Redner besprach dann die Finanzpolitik des deutschen Staates, die Papiergeldwirtschaft. Solange noch immer neue Noten gedruckt werden, gibt es keinen Preisabbau, aber Entwertung der Löhne. Die Preisentwicklung nach oben ist enorm, die Löhne sind zurückgeblieben gegenüber dem Weltmarktpreis. Die Kapitalisten aber ziehen märchenhafte Gewinne ein, wie Hilferding nachwies. Alles dieses ist nicht geeignet, unsere Wirtschaft zu heben. Keine Profitsteigerung, sondern Planwirtschaft, sozialistische Wirtschaft. Eingehend schilderte der Vortragende die Symptome der Privatwirtschaft bis zum Bank-, Ring-, Kartell- und Trustwesen. Wir wollen demokratisch-sozialistisch organisierte Betriebe im Interesse der Gesamtheit, mit Kapitalisten ist keine sozialisierte Wirtschaft möglich, die Verfügung über die Produktion müssen die Arbeiter haben. Wo ist heute davon die Rede?

Im weiteren beschäftigte sich Hilferding mit dem, was wir von der Sozialisierung erwarten: Vermehrung der Warenerzeugung, Steigerung der

Arbeitsfreude, Preisregulierung, Qualitätsarbeit. Keine Bürokratisierung. Große Anforderungen werden an die Arbeiterschaft mit der Sozialisierung gestellt, enges Zusammenarbeiten zwischen Kopf- und Handarbeitern, Zusammenfassung der Arbeiter zu großen Industrieverbänden. Ein weiterer Teil des Referats beschäftigte sich mit den Verhältnissen im sozialisierten Betrieb. Man werde nach wie vor Anreiz brauchen in der Form höherer Löhne für qualifizierte Leistungen. Das sichert uns die Entdecker, Erfinder, die schöpferischen Kräfte. Beginnen wir bei den Rohstoffen, Kohle, Elektrizität, Eisen usw. Der Schluß der Rede war ein Appell an die Betriebsräte, mitzuwirken!

Die gegen wenige Stimmen zu dem ersten und zweiten Tagesordnungspunkt angenommenen Entschlüsse haben folgenden Wortlaut:

I.  
Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert.

Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamen Zerfall. Die Produktion stoch, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinen ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Geldentwertung und Valutaverschlechterung sperrt Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Weibes zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Geldentwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an.

Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch tausende Finten und Listen der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen.

Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrheit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen.

Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die körperliche und geistige Schwächung und Verkümmern aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopparbeiter auf die übrigen Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vorgeschaltete Produktion weiterzuführen.

II.  
Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Kriege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Massen geführt hat.

Nur die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopparbeiter. Der Kongreß erblickt in den Verhältnissen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere läßt der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzuführen.

In diesen Entschlüssen liegt die Arbeit des Kongresses, auf dem es teilweise recht lebhaft zuging, ausgedrückt. Den Betriebsräten im Verein mit den Gewerkschaften sind hohe Aufgaben für die Sozialisierung gestellt, ihnen fällt dabei die entscheidende Rolle zu. Ausschlaggebend wird immer dabei die ökonomische Macht der Gewerkschaften sein, in denen heute der Wille des Proletariats geschlossen zum Ausdruck kommt. Nur durch die vereinte Kraft der Arbeiter kann die Sozialisierung durchgeführt werden.

## Die Bänkefängerin.

Von E. Wolff-Hüring.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung statt Schluß.)

Wenn sich die Schatten der Dämmerung langsam herab auf das Manuskript senken, wenn es von angestrebter Geistesarbeit dumpf und stumpf im Kopfe wird, und die schreibende Hand den Federkiel kaum noch zu halten vermag, dann packt mich in einsamer Klausur oftmals wilde Sehnsucht nach Welt und Menschen; dann stürme ich hinaus ins pulsierende Leben, und wo's am tollsten ist, da finde ich mich wieder.

So war ich eines Abends ins Tangel-Tangel gelangt. Graue, rauchgeschwängerte Luft umsting mich, als ich eintrat, das grelle Licht blendete meine Augen.

Von der Bühne her drang die Stimme einer Chansonette an mein Ohr, in wildem Rhythmus ihr Lied hinausgeschmetternd. Frech und gepfeffert war das Kuplet, echte, unverfälschte Tangel-Tangelweise, die fastigen Pointen erzeugten schmunzelndes Grinsen auf den Mienen der Männer, deren Augen lächeln an den prall die schlanke Glieder der Chansonette umkleidenden, fleischfarbenen Trikots und dem kurzen Gassefitter, der kaum bis zu den Knien reichte, hing.

Der Besitzer des Musikentzels machte ein gutes Geschäft, dicht gefüllt war das Lokal, nur ziemlich ganz vorne, so wies mich der Saalbiener an, sollten noch einige Plätze frei sein. Ich wandte mich durch den schmalen Gang, der, mitten durch den Raum bis an die Rampen führend, die Stuhl- und Tischreihen in zwei Lager teilte. Noch hatte ich mich nicht gesetzt, als mein Blick auf dem Gesichte der Zängerin haften blieb, die ihren Vortrag mit lebhaftem Spiele der Glieder und Gebarden begleitete; ich suchte, das Gesicht kannte ich, ob-

wohl drei oder vier Jahre vergangen sein mochten, seit ich es gesehen; — diese blühenden Augen, diese Züge saßen fest in meiner Erinnerung. — Sie war es, die ich damals im Eisenbahnwaggon vierter Klasse in meinen Armen gehalten hatte.

Starr und steif sah ich ihr ins Gesicht, mehrere Sekunden lang, und jetzt traf ihr Blick auch mich, und auch sie starrte im blitzschnellen Erkennen. Für einen Augenblick vergaß sie ihr Lied, mich voll und groß anstarrend, sie mußte sehr überrascht sein. Unsicher rangen sich die nächsten Töne aus ihrer Kehle, sie verlor den Takt, und der Klavierspieler mußte, unwillig zu ihr aufblickend und energischer und marianter auf die Tasten eingehend, ihr erst zu verstehen geben, daß jetzt keine Zeit war, sich Erinnerungen hinzugeben. Zu ihrem Glück sang sie bereits die letzte Strophe ihres Kuplets, das Publikum hatte von ihrer Entgleisung nicht sonderlich Notiz genommen, wenn ich auch für einige Sekunden der Gegenstand zahlreicher, ironisch fragender Blicke war. Stürmischer Beifall schallte hinter ihr her, als sie jetzt abtrat, viele Stimmen riefen da capo, doch sie kam nicht wieder hervor.

Endlich hatte ich mir einen Platz erobert; der Keller brachte mir ein Glas Bier, ein Programm hatte mir bereits vorhin der Billettverkäufer in die Hand gedrückt. Ich suchte die Nummer, die eben gewesen war, auf dem Programm auf — hier stand sie verzeichnet, mit vollem Namen, natürlich *nomo de guerre*, wie ohne weiteres einleuchtend.

Nachdenklich, selten erregt, sah ich stumm auf meinem Stuhle, die folgenden Vorträge verhallten fast ungehört vor meinen Ohren, und mein Bier verschalte ungetrunken im Glase, denn ich hatte mich der Erinnerung an die Begegnung damals zu tun, deutlich stand das seltsame Bild vor meinen Augen.

Also in der Reichshauptstadt sang sie jetzt, — entschieden ein Fortschritt. Wie mochte sie den

Direktor mit dem Raubvogelgesicht los geworden sein, warum hatte sie ihren Weg nach Berlin genommen, wie mochte es dem Mädchen hier gehen? Was mochte die Wandlung von der fahrenden Bänkefängerin zur reichshauptstädtischen Chanteuse für sie im Gefolge haben? Derartiae und ähnliche Fragen drängten sich mir auf. Ich gegenwärtig sie mir, so wie ich sie vorhin wieder-gesehen hatte, und verglich sie, wie sie in dem Bilbe meiner Erinnerung von damals lebte. Sie hatte sich nur wenig verändert, doch immer dieselbe wilde Schönheit, noch immer die artensclankte Gestalt, wenn sie auch kräftiger, entwickelter geworden war, aber auch noch immer die Spuren der lockeren Sitte im Gesicht, nur noch deutlicher waren diese Spuren geworden.

Sie tat mir leid, um ihrer Jugend und Schönheit willen, bitter leid, und vielleicht hätte ich statt des wehmütigen Mitleides ein lebensschafflicheres Gefühl für sie empfunden, wenn es nicht durch jene Spuren zurückgedrängt worden wäre.

Noch einmal, in einer der letzten Nummern, wies das Programm ihren Namen auf. Ungeduldig ersehnte ich ihr Auftreten, und endlich war ihre Nummer wieder gekommen. Der Klavierspieler schlug die einleitenden Takte an, der Vorhang teilte sich, und sie trat hinter der Kulisse hervor; beifallslustige Hände begrüßten sie. Ganz anders wie in ihrer ersten Nummer war sie kostümiert, statt des kurzen Fitters hüllte das schlichte Kleid eines Blumenmädchens ihre schlankte Gestalt ein, ein Körbchen mit roten Rosen trug sie am Arm.

Ihr erster Blick galt mir, wieder blickten wir uns sekundenlang, mit abermaligem Erkennen schweigend grüßend, in die Augen. Dann schlug der Klavierspieler die Töne ihres Liedes an, atemholend hob sich ihre Brust, — sie sang.

(Schluß folgt.)

## Die Aussperrung im Berliner Zeitungs-gewerbe.

Die Zeitungsmagnaten Berlins haben den graphischen Arbeitern einen Machtkampf aufgezogen, dessen Ausgang nicht nur für die Berliner, sondern auch für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von weitgehendster Bedeutung ist. Es ist natürlich kein Zufall, daß kurz vor den Tarifverhandlungen der Buchdrucker die Unternehmer im Zeitungsgewerbe den graphischen Arbeitern eine Probe ihrer Macht fühlen lassen. Sie versuchen mit rücksichtsloser und brutaler Gewalt, die Arbeiter niederzuhalten, ihre Organisationen durch die Aussperrung zu schwächen und zu zermürben, um so für ihre Forderungen bei den Verhandlungen zu Zugeständnissen bereite Arbeiter zu finden. Der Plan ist zu plump, als daß ihn die Arbeiterschaft nicht sofort durchschaut hätte. Sie wird dem machthungrigen Unternehmertum einen biden Strich durch seine falsche Rechnung machen. Sogleich nach Bekanntwerden des fast beispiellos dastehenden Gewaltaktes der Berliner Zeitungsmagnaten hatte eine Vertretung der deutschen Arbeiter in Berlin, der 1. Kongress der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Deutschlands, Gelegenheit, zu der Aussperrung Stellung zu nehmen. Sehr richtig erkannten die Betriebsräte sofort die Bedeutung dieses den Arbeitern aufgezwungenen Machtkampfes und waren sich von vornherein klar, daß dieser Kampf nicht nur den Berliner graphischen Arbeitern, sondern der deutschen Arbeiterschaft überhaupt gilt. Sie erklärten in einer einstimmigen, unter großem Beifall angenommenen Kundgebung:

„Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß den Arbeitern der Zeitungsbetriebe ihre Solidarität beweisen. Die Lebenshaltung der Arbeiterchaft darf nicht weiter herabgedrückt werden. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Sache im Zeitungsgewerbe die Sache der Arbeiterschaft ganz Deutschlands ist.“

Ueber die Entstehung des Konfliktes sei kurz folgendes bemerkt: Zwischen den Angestellten des Zeitungsgewerbes und den Berliner Zeitungsverlegern bestanden Differenzen, die zum Streit der Angestellten geführt hatten. Die großen Zeitungsfabrikanten entlohnerten ihre Angestellten mit Monatsgehältern von durchschnittlich 400 bis 700 Mk. und verlangten sogar noch Zustimmung zu einem Lohnabbau. Eine Aufbesserung wurde natürlich abgelehnt. Der angesehene Schlichtungsausschuß hielt eine Gehaltserhöhung von 15 Proz. für angebracht. Diesen Spruch lehnten die Unternehmer gleichfalls ab. Sehr bezeichnend, für freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter allerdings nicht mehr verwunderlich, ist die Haltung der in den gelben Verbänden organisierten Angestellten, die ihren Kollegen in den Rücken fielen und mit den Unternehmern einen Vergleich abschlossen. So wurden die Forderungen der Angestellten illusorisch gemacht. Diese gelben Verbände, die aus eigener Kraft nicht bestehen und ihren Mitgliedern niemals helfen können, ihr Dasein nur von Unternehmernsnadnen fristen, benötigen die günstige Gelegenheit, den Unternehmern beizuspringen.

Die Arbeiter hatten sofort bei Beginn des Kampfes den Angestellten volle Sympathie zugesagt und die selbstverständliche Pflicht der Solidarität auch gelebt. Die Buchdrucker lehnten das Sehen der von Streikbrechern eingebrachten Inserate ab und verweigerten mit unsern Kollegen und Kolleginnen zusammen jede direkte und indirekte Streikarbeit. Alle Beschlüsse der graphischen Arbeiter wurden einstimmig gefaßt. Da verlangten die Unternehmer von ihrem technischen Personal, die Solidaritätsbeschlüsse aufzuheben, und als das von den Arbeitern rundweg abgelehnt wurde, sperrten die Zeitungsvleger aus. Die Arbeiterschaft von sieben Betrieben, denen sich am Sonnabend noch ein weiterer anschloß, wurde zur Arbeitsentlassung gezwungen. Mehr als 26 000 Arbeiter und Angestellte sind zum Feiern gezwungen.

Ein Einigungsversuch vor dem Reichsarbeitsministerium blieb ohne Erfolg. Die Unternehmervertreter behaupteten, von einer Aussperrung könne keine Rede sein, die Arbeiter seien wegen Arbeitsverweigerung entlassen worden. Dabei verschwiegen sie aber gellentlich, daß Betriebe auch die Abteilungen ausgesperrt haben, die überhaupt keine Zeitung drucken. Das Personal der Buchbindereien wurde gleichfalls entlassen.

Die Arbeiter sind sich bewußt, daß es den Unternehmern auf einen Machtkampf ankommt. Wer noch daran gezweifelt hatte, wurde durch Herrn Dr. Schönu, den Vertreter der Zeitungsfabrik Ullstein, eines andern belehrt, der bei den letzten Verhandlungen erklärte, daß es noch nicht

ganz heraus sei, ob die Bewegung auf Berlin allein beschränkt bleiben werde; es bestände die Möglichkeit der Ausdehnung auf das Reich. Dasselbe wurde durch die folgende Meldung einer Korrespondenz verbreitet:

„Auf Grund ihrer Sympathieerklärung für die Zeitungsvleger seitens der Buchdruckerbesitzer haben sich 150 Firmen bereit erklärt, die Herstellung der Zeitungen und der sonstigen Arbeiten der Zeitungsbetriebe zu übernehmen. Bei Ablehnung der Ausföhrung dieser Arbeiten durch das Personal werden die Druckerfirmen ebenfalls zu Entlassungen ihrer Arbeiter schreiten. Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der „Neuen Zeit“ in Charlottenburg haben sich geweigert, die Herstellung der von den Verlegern geplanten Einheitszeitung auszuführen. Daraufhin sind diese Arbeiter fristlos entlassen worden. Zurzeit findet eine Sitzung der Zeitungsvleger statt, in der über weitere Maßnahmen beraten wird.“

Noch hat diese Meldung keine Bestätigung gefunden. Daß sich die Kollegen in der Provinz niemals dazu hergeben würden, ihren kämpfenden Brüdern in Berlin in den Rücken zu fallen, wissen die Unternehmer selbst. Aber das wollen sie ja nur. Sie werden wahrscheinlich andere Arbeitergruppen des graphischen Gewerbes außerhalb Berlins zur Solidaritätskundgebung zwingen wollen, um so den Kampf allgemein zu machen.

Die Kollegen wissen, was auf dem Spiele steht. Sie kämpfen nicht allein für ihre Berufsinteressen, sie üben nicht nur die selbstverständliche Solidarität für die Angestellten des Zeitungsgewerbes, nein mehr als das, sie stehen hier auf vorgeschobenem Posten und haben einen Stoß des machthungrigen Unternehmertums abzuwehren, das seine Zeit für gekommen hält. Unsere Niederlage würde ein schwerer Schlag für die Arbeiterschaft überhaupt sein. Dieser Kampf hat nicht so sehr berufliche Bedeutung. Das gesamte Unternehmertum wartet schon lange auf einen günstigen Augenblick, der Arbeiterschaft einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Die ohnehin schon elende Lage der Arbeiter soll weiter verschlechtert werden. Das müssen die graphischen Arbeiter abwehren. In Gemeinschaft mit den Arbeitern der Bruderverbände werden sie alles daran setzen, um die Absichten der Unternehmer zunichte zu machen.

## Die Frage der Doppeleristenz in unserem Beruf.

Eine der brennenden, auf einen bestimmten und positiven Beschluß harrenden Fragen in unserem Verband ist die der Doppeleristenz des Mannes und der Frau. Es muß von vornherein gesagt werden, daß dieses Problem in gegenwärtiger Zeit schwer zu lösen ist und trotzdem gelöst werden muß. Insofern ist es schwer zu lösen, da die Feuerung für jeden Lebensbedarf nach wie vor anhängt und in verschiedenen Waren wieder zusehends steigt. Kein Wunder, wenn sich weibliche verheiratete Mitglieber unseres Verbandes, die ebenfalls in Arbeit stehen, sträuben, ihre Tätigkeit zugunsten eines Kollegen aufzugeben. Jemand, der aus seiner Eristenz längerer Zeit Nutzen gezogen hat und sich demnach für die Lebenshaltung mehr leisten konnte als ein anderer, wird sich wohl mit Händen und Füßen dagegen sträuben, diese Eristenz aufzugeben, weil damit eine außerordentliche Einschränkung seiner Lebenshaltung verbunden ist. Das ist wohl zu verstehen, und doch besteht bei den Kolleginnen und Kollegen, die allein für ihre Familie sorgen müssen, große Unzufriedenheit. Wer das Vergnügen hat, in einem größeren Betriebe zu arbeiten, der wird oft Gelegenheit haben, Pant und Streit über dieses Problem mit anzuhören. Und was gibt meistens dazu die Veranlassung? Nichts weiter als die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, die speziell in der Zahlstelle Berlin herrscht.

Ich spreche hier in erster Linie von der Zahlstelle Berlin. Seit Bestehen der Zahlstelle hat sie augenblicklich den höchsten Stand der Arbeitslosen zu verzeichnen. An sich ist das wohl nicht schlimmer als in jedem anderen Beruf, es ist eben eine Erscheinung, die auch andere Verbände beobachten können. Wir haben uns jedoch die Frage vorzulegen: Wie stellt sich die Verbandsleitung bzw. die Mitgliedschaft zu den Doppeleristenz? Wie will sie der Arbeitslosigkeit steuern?

Es scheint, daß die Zahlstellenverbände sich noch zu wenig mit diesem Problem beschäftigt haben; vielleicht ist der gute Wille dazu da, aber unternommen wird nichts zum Leidwesen der gesamten Kollegenschaft. Mir wurde bei einer Gelegenheit von einem Berliner Verbandsmitglied

mitgeteilt, daß, wenn die Zeit dazu reif ist, die verheirateten Frauen aus den Betrieben herausgezogen werden. Wann soll denn die Zeit dazu reif sein, wenn nicht jetzt, da die halbe Kollegenschaft auf der Straße liegt! Der größte Teil der Kollegenschaft ist unbedingt dafür, daß verheiratete Frauen, sofern der Mann Beschäftigung hat, aufhören müssen zu arbeiten, um in erster Linie arbeitslosen verheirateten Kollegen und ledigen Kolleginnen Platz zu schaffen. Vielleicht ist es nicht möglich, für sämtliche verheiratete Kolleginnen Ersatz zu schaffen. Auch werden wir häufig auf den Widerstand der Prinzipale stoßen, die die billigere Arbeitskraft der Frau der teureren des Mannes vorgeziehen. Das aber soll uns nicht hindern, in diese Sache Klarheit zu bringen.

Es würde sich folgendes durchführen lassen: Kolleginnen, die schon Jahre vor dem Kriege geheiratet und stets bis jetzt mit ihrem Mann zusammen verdient haben, müßten aus den Betrieben herausgezogen werden. Eine Ausnahme wäre für die zulässig, die während des Krieges oder nach der Revolution geheiratet haben und sich in einer besonderen Notlage — hervorgerufen durch den langen Krieg — befinden. Für diese wäre aber auch nur dann eine Ausnahme am Platze, wenn die örtlichen Verhältnisse es gestatten.

Wie gesagt, die Frage ist sehr brennend und hart dringend der Lösung. Sie ist aber nicht leicht, denn unter „Doppeleristenz“ versteht man vieles. Eine Doppeleristenz ist meiner Ansicht nach nicht nur festzustellen, wenn Mann und Frau außer dem Hause arbeiten, sondern auch, wenn die Frau mit Heimarbeit beschäftigt ist. Es gibt viel verheiratete Frauen, die zu Hause nähen oder andere lohnende Arbeit verrichten und nicht viel weniger als der Mann verdienen. Und das zu kontrollieren ist und wird sehr schwierig sein. Ganz besonders möchte ich der Kollegenschaft, die in dieser Frage leicht den Streit vom Zaune bricht, raten, sich genau zu überlegen, was alles „Doppeleristenz“ sein kann. Wollen wir aber die Streiftigkeiten beseitigen, dann muß, so weit es irgend möglich ist, etwas Positives zum Nutzen der Kollegenschaft getan werden. Es würde sich lohnen, auch andere Ansichten über dieses Thema zu hören, und ich hoffe mit einem großen Teil meiner Kollegenschaft, daß unser Verbandsorgan „Solidarität“ uns in dieser Beziehung ein williges Sprachrohr sein wird.

Franz Stawicki-Berlin.

Vorstehende Ausführungen lassen den Hinweis auf die Schwierigkeiten vermissen, die einer Regelung der Arbeitsverhältnisse der verheirateten Kolleginnen entgegenstehen. Kein theoretisch läßt sich die Frage wohl so leicht lösen, daß man wie Kollege St. sagt, diejenige Kollegin, deren Mann ebenfalls in Arbeit steht, hat ihren Platz für einen arbeitslosen frei zu machen. Die praktische Durchführung wird weniger einfach sein. Auf den Widerstand der Prinzipale deutet er bereits hin. Nur dann werden wir auf Entlassung einer verheirateten Kollegin drängen können, wenn einmal eine besondere Härte für das in Betracht kommende Mitglied nicht besteht und außerdem — das ist die Hauptsache — ihr Platz wirklich von einem arbeitslosen Mitglied besetzt werden kann. Eine gewisse Rücksichtnahme auf verheiratete Kolleginnen, die oft alle und gute Verbandsmitglieder sind, sollte man ebenfalls walten lassen, obwohl man eigentlich gerade von guten Gewerkschaftern verlangen kann, daß sie nicht nur durch Worte, sondern, wenn es wie in den von Kollege St. angezogenen Fällen möglich ist, auch durch Taten bekunden, daß sie ihren arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen helfen wollen. Wir müssen leider und nicht nur in dieser Zeit erst, es war früher auch schon so, einen gewissen Arbeitsegoismus feststellen; die glücklichen Eheleute, die ein doppeltes Einkommen haben, vergessen leicht oder empfinden nicht, in welcher traurigen Lage die Arbeitslosen sich befinden.

Bleibt die Möglichkeit, den Arbeitsplatz einer verheirateten Kollegin wirklich zu besetzen, so sollte nicht mit einem Wechsel durch eine oder einen arbeitslosen geögert werden. Ganz allgemein wird man dabei aus nicht näher zu erklärenden Gründen nicht verfahren können, eine Entlassung von Fall zu Fall wird notwendig sein. Eine Umfrage, die die Berliner Ortsverwaltung veranstaltet hat, hat zu einer bestimmten und zweifelsfreien Feststellung der sogenannten Doppeleristenz leider nicht geführt. Die Fragebogen sind nicht überall genau und sorgfältig ausgefüllt worden. Ein gewisser Ueberblick ist jedoch gewonnen worden und dabei hat sich ergeben, daß die vom Einsender kritisierten Zustände nicht in dem Maße bestehen, als allgemein angenommen wird. Jedenfalls besteht aber die Absicht auch bei

der Berliner Ortsverwaltung, hier einzugreifen und möglichst Abhilfe zu schaffen. Nur wird bei den bestehenden Bestimmungen und Verordnungen mit einem organisatorischen Zwang, wie er befürwortet wird, wenig auszurichten sein. Wesentlich leichter könnten sich hier notwendig erscheinende Maßnahmen durchführen lassen, wenn bei den in Arbeit stehenden verheirateten Kolleginnen immer genügend Einsicht für die traurige Lage arbeitsloser Kolleginnen vorhanden wäre.

## Das Existenzminimum im September 1920.

Von Dr. N. Kuczynski.

Nachdem die Kosten des Existenzminimums bis zum Mai andauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas gefallen. Im September waren sie ungefähr ebenso hoch wie im August. Daß die Entwicklung in den Vormonaten so sprunghaft verlief, beruhte vor allem darauf, daß die Wirkungen des Preisabbaus für Kleider, Wäsche und Schuhwerk infolge der Unregelmäßigkeit in der Kartoffelbelieferung und infolge der Einführung des Steuerabzugs nicht voll zur Geltung kommen konnten. Ob der Beharrungsstand, der nunmehr erreicht ist, von Dauer sein wird, dürfte vor allem von dem Angebot und den Preisen derjenigen Lebensmittel abhängen, für die die Zwangswirtschaft aufgehoben oder gelockert worden ist.

Die rationierten Nahrungsmittel waren im Berichtsmonat wiederum sehr teuer. In Groß-Berlin z. B. kosteten Brot, Zucker und Milch 5mal so viel wie vor sieben Jahren, Kartoffeln und Butter 14mal so viel, Schmalz 22mal so viel. Im ganzen ergibt sich hier eine Verteuerung auf das Zwölffache. In den fünf Wochen vom 30. August bis zum 3. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Sept. 1920	Preis Sept. 1913
9500 g Brot . . . . .	2250 Pf.	238 Pf.
600 g Nahrungsmittel . . . . .	487	30
9500 g Kartoffeln . . . . .	665	48
1250 g Fleisch . . . . .	2315	237
100 g Butter . . . . .	375	27
750 g Schmalz . . . . .	2550	114
875 g Zucker . . . . .	350	41
250 g Kunstbrot . . . . .	365	15
	9357	750

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 93,57 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,50 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 9300 Kalorien, d. h. ungefähr so viel, wie ein Kind von vier bis fünf Jahren benötigt. Schon um den Bedarf eines Kindes von sechs bis zehn Jahren zu decken, wäre der Zulauf von wöchentlich 5 Pfund Kartoffeln für 1,75 Mk. erforderlich gewesen. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 20 Mark ansehen können. Eine Frau braucht etwa  $7 \times 2400 = 16800$  Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von  $16800 - 9300 = 7500$  Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich 5 Pfund Kartoffeln für 1,75 Mk., 1½ Pfund Hafersflocken für 3,75 Mk., 1 Pfund weiße Bohnen für 2,40 Mk. und ½ Pfund Margarine für 6,25 Mk. verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel hätte also 33 Mk. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa  $7 \times 3000 = 21000$  Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zu führen in Form von 10 Pfund Gemüse für 5 Mk., 1 Pfund Reis für 5,75 Mk. und 1 Pfund Marmelade für 4,75 Mk. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 48 Mark kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 121 Mark wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Brennstoff und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk., für Heizung 14,90 Mark, für Beleuchtung 6,60 Mk.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk., Frau 20 Mk., Kind 10 Mk.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Bäderreinigung, Fahrgehl., Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von ¼ machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den September 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit zwei Kindern
Ernährung . . . . .	48	81	121
Wohnung . . . . .	9	9	9
Heizung, Beleuchtung . . . . .	22	22	22
Bekleidung . . . . .	30	50	70
Sonstiges . . . . .	36	54	74
	145	216	296

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen allein-stehenden Mann 24 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 36 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 49 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 7550 Mk., für das kinderlose Ehepaar 11250 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 15450 Mk.

Vom September 1913 bis zum September 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,85 Mk. auf 145 Mk., d. h. auf das 8,6fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,40 Mark auf 216 Mk., d. h. auf das 9,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,90 Mk. auf 296 Mk., d. h. auf das 10,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 11 Pf. wert. (Im August war die Mark ebenfalls 10 bis 11 Pf., im Juli 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

## Aus unseren Zahlstellen.

Berlin. In der Mitgliederversammlung am 10. Oktober stand eine Aussprache über die Sperrung der Beiträge an die Verbandskasse zur Tagesordnung. Der Antrag, der von den Vertrauensleuten der Reichsdruckerei gestellt war, wurde nach lebhafter Aussprache, an der auch der Beiratsvorsitzende Kollege Schmid-München und Vertreter der Berliner Arbeiterschaft teilnahmen, vom Antragsteller zurückgezogen. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß der Verbandsbeitrag auf Vorschlag der Berliner Zahlstelle eine andere Zusammensetzung des Verbandsvorstandes vornehmen werde. Den Schluß der Versammlung bildete ein Bericht des Kollegen Stoth über die Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe.

Hannover. In der ziemlich gut besuchten Mitgliederversammlung am 20. September gab Kollege Spartuhl zunächst das Resultat der Beiratswahl bekannt, nachdem Kollege Nuttelmann-Oldenburg als Beiratsmitglied für den Gau 9 gewählt wurde. Nach einigen internen Mitteilungen berichtete dann Kollege Wambacher über den Gantag in Goslar, der seinen Zweck, durch Austausch der gemachten Erfahrungen auf dem Gebiete der Agitation und Lohnpolitik befruchtend und aufbauend für die weitere Tätigkeit in den Gaunorten zu wirken, voll erfüllt habe. Bezüglich der auf dem Gantag gegen eine Stimme angenommenen Resolution, welche von Beirat die Aufhebung der jetzigen Zusammensetzung des Vorstandes fordert, war Kollege Wambacher der Auffassung, daß diese Resolution so lange überflüssig sei, als die Voraussetzungen dieses Verbandsbeschlusses sich nicht ändern. Dazu sei leider wenig Aussicht für den, der unsere Presse aufmerksam verfolgte. Eine Debatte über den Bericht fand nicht statt. Desto ausgiebiger war die Diskussion über den folgenden Punkt: Festsetzung des Lokalzuschlags. Kollege Wambacher begründete eingehend den Antrag des Vorstandes, für sämtliche Klassen den Lokalzuschlag auf 50 Pf. pro Woche festzusetzen, da sämtliche Ausgaben der Lokalkasse ganz erheblich gestiegen sind. Die Lokalkasse müßte dem Mitgliederbestand entsprechend überhaupt besser finanziert sein, um den kommenden schweren Zeiten gut gerüstet entgegen zu sehen. Von einem Kollegen wurde die Notwendigkeit der Erhöhung bestritten, während die Kollegen Bartels, Firschenich, Hille und Spartuhl den Antrag eingehend befürworteten; er wurde mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei Punkt Verschiedenes. Von einer Anzahl Mitglieder einer Großfirma war Protest gegen die Bewilligung von 30000 Mark für das Paula Thiede-Denkmal erhoben und mit den gegenwärtigen schwierigen Zeitverhältnissen be-

gründet. Kollege Hille wies dem Kollegen Holzappel, welcher in sachlicher Weise dem Protest Ausdruck gab, nach, daß die Befürchtung, unsere Geldmittel würden über Gebühr Kampfwegen entzogen, nicht zutreffend sei. Auf das Mitglied berechnet, läme nur ein ganz geringer Betrag in Frage, außerdem stehe durchaus noch nicht fest, daß das Denkmal gerade jetzt bei den teuren Materialpreisen gebaut würde. Nachdem noch von den Kollegen Spartuhl und Wambacher der Verbandsbeschluss über diese Angelegenheit vor allem aus Gründen der Pietät verteidigt wurde, zog Kollege Holzappel die gegen den Hauptvorstand gerichtete Resolution zurück.

Leipzig. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 16. September 1920. Kollege Meyer eröffnete die Versammlung und brachte das Ableben folgender Mitglieder zur Kenntnis: Elisabeth Koblitzsch, Minna Ganzert, Sidonie Lehmann und Arthur Wagner. Das Andenken der Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt. Nach Erledigung einiger wichtiger örtlicher Angelegenheiten kam man zur Festlegung des neuen Ortsbeitrages ab 1. Oktober. Da laut Verbandsbeschluss von der 40. Beitragswoche ab der neue erhöhte Verbandsbeitrag in Kraft tritt, mußte man auch darauf bedacht sein, den Lokaltbeitrag zu regeln. Von den Funktionären war in einer Sitzung bereits Stellung zu dieser Frage genommen und vorgeschlagen worden, den Lokaltbeitrag in allen Klassen auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen. Nach ausgiebiger Diskussion, in welcher die Notwendigkeit der Beitragserhöhung anerkannt wurde, gelangte der Vorschlag gegen einige Stimmen zur Annahme. Befremden erregte die in der Nr. 37 der „Solidarität“ veröffentlichte Bekanntmachung des Hauptvorstandes bezüglich der Zusammensetzung des Verbandsvorstandes, durch welche unnütze Kosten entstehen müssen zum Schaden der beitragszahlenden Mitglieder. Dem neugewählten Verbandsbeirat wurde aufgegeben, sich eingehend mit dieser Frage zu befassen. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme.

## Eingegangene Druckschriften.

„Für die dritte Internationale.“ Die II. S. P. am Scheitern. Im Verlag des „Arbeiterrat“, Berlin, Münzstr. 24, ist zum Preise von 1,50 Mk. eine Broschüre von Curt Geyer erschienen, die Beiträge von Walter Stoedter und Paul Hennig sowie ein Vorwort von Ernst Däumig enthält.

„Käse“, ein Versuch einer Charakterisierung des Westenscheiters in der Religion des Sozialismus. Von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Preis 3,20 Mk. und 20 Pf. Porto.

## Abrechnungen.

Abrechnungen des 3. Quartals gingen ein: Gau 5: Annaberg 527,25, Bautzen 8500,60, Chemnitz 5201,25, Döbeln 313,69, Großenhain 259,40, Löbau 112,20, Meißen 280,50, Delitzsch 100,42, Plauen 957,70, Zittau 349,85, Bismarckwerda vom 2. Quartal 1039.— Mk.

S. Loda hl.

Zahlstelle Bielefeld. Am Mittwoch, den 20. Oktober, nachmittags 5½ Uhr, Generalversammlung in der „Eisenhütte“, Marktstr. 8. Der Vorstand.

Unserem Gauleiter Kollegen Franz Herrmann nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Zahlstelle Dresden.

Unserer Verbandskollegin Käthe Orner die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung. Mitgliedschaft der Zahlstelle Dnisburg.